Anhang zu:

Basisfachplan Gesundheit

für die Stadtbezirke V und VI auf Grundlage einer bezirksbezogenen Gesundheitsberichterstattung

Impressum

Herausgeberin	Stadt Essen, Fachbereich Gesundheit
Autor*innen	Orana Arlt, Anke Schulz-Najda
Satz	Gesundheitsamt, Stadt Essen
Stand	Januar 2022

STADT ESSEN

In diesem Dokument werden die ungekürzten Fachbeiträge in folgender Reihenfolge aufgeführt:

- Migration und Gesundheit
- Arbeitslosigkeit und Gesundheit
- Menschen im Alter und Gesundheit
- Kinder/Jugendliche und Gesundheit
- Stadtteilentwicklung und Gesundheit
- Radwege und Immissionsschutz und Gesundheit
- Klima/Luftqualität/Lärm und Gesundheit

Gesundheit und Migration

FB 01-09
Kommunales Integrationszentrum

Seit Jahrzehnten prägen Zuwanderung und kulturelle Vielfalt die Stadt Essen. In diesem Zusammenhang ist das Thema Gesundheit und Migration von großer Bedeutung und eines der ausgesuchten Handlungsfelder in dem Essener Konzept „ Zusammenleben in Vielfalt", das mit Leitlinien und Schwerpunkten im Sinne kommunalpolitischer Zielsetzungen hinterlegt ist.

Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte, unabhängig ihres Alters, finden im Vergleich zur übrigen Bevölkerung einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Neuzugewanderten ist das deutsche Gesundheitssystem mit den Hausarzt- und Facharztpraxen aus ihren Herkunftsländern nicht bekannt. Unter Migrant*innen ist der Kenntnisstand zu gesundheitlichen Leistungen, wie Untersuchungen zur Früherkennung, über Präventions- und Rehabilitationsangebote, zu Beratungsangeboten und Strukturen der Versorgung im Gesundheitssektor sehr unterschiedlich. Häufig werden sie durch gängige Aufklärungsmaßnahmen, mediale Gesundheitsinformationen und persönliche Ansprache nicht erreicht. Ihnen den Zugang durch niederschwellige Angebote zu erleichtern und Informationen zur Gesundheitsförderung und Versorgung zu vermitteln, ist eine wesentliche Aufgabenstellung im kommunalen Gesundheitswesen. Ziel ist dabei Hilfe zur Selbsthilfe, damit sie eigenverantwortlich und effektiv die Gesundheitsangebote nutzen und in gleichem Maße von der Gesundheitsversorgung profitieren können, wie die übrige Bevölkerung. In der Corona Pandemie zeichnete sich eine Verschlechterung dieser Situation ab. Mangelnde Sprachkenntnisse stellten durch die sehr eingeschränkte persönliche Kontaktaufnahme und die Verlagerung der Kommunikation auf digitale Medien eine größere Hürde dar.

Faktoren wie ein niedriger soziökonomischer Status, gesundheitsgefährdende berufliche Tätigkeiten, ungünstige Wohnverhältnisse und Arbeitslosigkeit können sich ungünstig auf die Gesundheit auswirken. Häufig treffen diese Faktoren auch bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu. Hinzu kommen psychosoziale Beeinträchtigungen, durch Fremdheitsgefühle, unsicherem Aufenthaltsstatus oder anderen Ursachen und Bedingungen, die mit der Migration zusammenhängen.

Insbesondere der Bereich der Psychiatrie steht vor großen Herausforderungen, denn viele der in den letzten Jahren zugezogenen Menschen kommen aus Kriegs- und Krisengebieten, haben traumatisierende Erfahrungen gemacht und leiden unter psychischen bzw. emotionalen Beeinträchtigungen. Ausreichende herkunftssprachliche Therapieangebote fehlen. Auch wenn Patienten in psychiatrischen Kliniken vorgestellt werden, sind stationäre Behandlungen in Essen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht möglich. Allgemein müssen Patient*innen bei Arztbesuchen selber jemanden mitbringen, der übersetzen kann, Kosten für Übersetzer*innen und Dolmetscher*innen erstattet zu bekommen, ist sehr kompliziert. Gute Erfahrungen gibt es in Essen im Gesundheitswesen sowohl von Seiten der Patient*innen als auch vom Fachpersonal, wenn eine Begleitung von Sprach- und Integrationsmittlern möglich ist.

Gesundheitsfürsorge in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft bedeutet, dass sich auch Gesundheitseinrichtungen neu orientieren und aufstellen müssen. Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenz sowie der kultursensible Umgang mit Patient*innen mit Einwanderungsgeschichte entwickeln sich zunehmend zu Schlüsselkompetenzen für Mitarbeiter*innen im Gesundheitssektor. Maßnahmen mit kultursensiblen, zielgruppenspezifischen, gesundheitspräventiven und mehrsprachigen Angeboten führen zu guten Erfolgen. Über Personen mit interkultureller Sozialisation und ausgebildeten Peers können Menschen wirkungsvoll erreicht werden.

Sehr positive Erfahrungen werden in Essen mit Interkulturellen Gesundheitslots*innen gemacht. Durch Gruppenveranstaltungen in der Herkunftssprache werden Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Migranten-

organisationen, Gemeinden, Kindertageseinrichtungen oder in Frauengruppen zu allen Fragen, die sich mit Gesundheit, Krankheit und dem deutschen Gesundheitssystem beschäftigen, informiert.

Die Gesundheit hat von Kindheit an Einfluss auf die Entwicklung des Menschen und beginnt mit der Schwangerschaft und Geburt. Eine gute Versorgung beginnt bereits mit der Betreuung der Schwangeren durch Hebammen, Gynäkolog*innen durch fachliche Beratung und Geburtsvorbereitung mit Informationen über Fragen zur Schwangerschaft und Geburt. Dort wo es notwendig ist, erfolgt die Übersetzung in Herkunftssprachen und setzt sich fort mit der Begleitung nach der Entbindung und in der ersten Familienphase.

Kinder und Jugendliche aus sozialbenachteiligten oder bildungsfernen Familien sind häufig höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Die ambulante Gesundheitsversorgung der Kinder und Jugendlichen erfolgt durch die niedergelassenen Kinderärzte*innen. Niederschwellige wohnortnahe Angebote ermöglichen die Beratung der Eltern zu verschiedenen gesundheitlichen Fragen, wie zum Beispiel Früherkennungsuntersuchungen, Impfungen, Zahngesundheit, Sprachentwicklung, gesunde Ernährung, Bewegung und Sport und die medizinische Versorgung der Kinder. → Gesundheitskioske

Die Vernetzung und Kooperation zwischen Akteuren und Multiplikatoren im Handlungsfeld Gesundheit und Migration ermöglicht eine differenzierte Sichtweise auf unterschiedliche Lebensweisen und sensibilisiert für eine zielgruppengerechte Vermittlung von Themen. Verschiedene Vereine, Beratungszentren und Organisationen in Essen bieten zielgruppenspezifische mehrsprachige Maßnahmen an.

Seit zehn Jahren arbeitet beispielsweise der Arbeitskreis ‚Migration und sexuelle Gesundheit' zu aktuellen Themen im Bereich sexueller Gesundheit, wie Schwangerschaft, Homosexualität, HIV, sexuelle Übergriffe, Prostitution, Genitalbeschneidung etc.

Über das kommunale Integrationsbudget werden aktuelle zwei Maßnahmen zur Gesundheit durchgeführt: Das Projekt „Start Now" des SoNII e.V. will Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund und psychischer Erkrankung/Belastung sowie seelischer Behinderung befähigen, sozialpsychiatrische und medizinische Angebote passgenau in Anspruch nehmen zu können. Dabei sollen die Personen lernen, sich in dem hiesigen Gesundheitssystem zu orientieren und eigene psychosoziale (Selbst-) Hilfen zu erlangen.

Die Maßnahme „Interkulturelle Öffnung der Krebsberatung" hat das Ziel die gesamte Angebotspalette der Krebsberatungsstelle Essen der Zielgruppe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zugänglich zu machen. Mit Hilfe von ehrenamtlichen Scouts und zugehender Arbeit soll das Angebot der KBS bekannt gemacht werden. Sprachbarrieren in der Beratungspraxis sollen durch den Einsatz von Dolmetschern abgebaut und die Bedürfnisse von Ratsuchenden mit Einwanderungsgeschichte erfasst und das Beratungssetting entsprechend den Erkenntnissen angepasst werden.

Ältere Migrant*innen sind vielfach von einer Häufung von gesundheitlichen Belastungen und Risikofaktoren betroffen. Durch ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind viele an chronischen Erkrankungen häufiger und früher betroffen als gleichaltrige Menschen der einheimischen Bevölkerung. Gleichzeitig werden Angebote der Gesundheitsförderung bislang von älteren Migrant*innen nur sehr unterdurchschnittlich wahrgenommen. Auch hier gilt es niederschwellige Zugangswege zu Gesundheits- und Präventionsangeboten bedarfs- und bedürfnisgerechter zu gestalten.

Die Berücksichtigung der Herkunft und Biografie der Menschen ist eine Herausforderung, die in unserer vielfältigen und diversen Stadtgesellschaft zukünftig noch weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Arbeitslosigkeit und Gesundheit

FB 56 / JobCenter Essen

1. Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Aktive Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen Menschen wird für die Aufgabenwahrnehmung und die Zielerreichung im JobCenter zunehmend wichtiger. Ein schlechter Gesundheitszustand verringert die Beschäftigungs- und Vermittlungsfähigkeit und führt zu einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. zum Langzeitleistungsbezug.

Empirische Befunde zur Gesundheit von Arbeitslosen Menschen belegen inzwischen eindeutig, dass:

- Arbeitslosigkeit als chronischer Stress empfunden wird und körperliche und seelische Erkrankungen nach sich ziehen kann;
- Arbeitslosen Menschen im Vergleich zu Beschäftigten einen signifikant schlechteren Gesundheitszustand aufweisen. Das Krankheitsrisiko steigt dabei mit der Dauer der Arbeitslosigkeit an;
- bei Arbeitslosen Menschen ein geringer ausgeprägtes Gesundheitsverhalten (z. B. bei der Ernährung) sowie eine höhere Betroffenheit bei Suchtproblematiken (z. B. Alkohol) festzustellen ist.
- sich im Vergleich von Arbeitslosen Menschen und Beschäftigten wesentliche Unterschiede in der Gesundheitssituation zeigen. Bei Arbeitslosen Menschen ist

    - die Zahl der AU-Tage und der Krankengeldtage signifikant höher
    - die Zahl der Krankenhaustage 2,5-mal so hoch und die Zahl der Krankenhausaufenthalte exorbitant höher
    - die Anzahl der Psychopharmaka-Verordnungen deutlich höher.

In Essen lebten rund 86.000 Menschen von Leistungen des JobCenters. Davon sind 60.000 erwerbsfähige SGB II - Leistungsberechtigte, die grundsätzlich 3 Stunden täglich arbeitsfähig sind und damit einer Vermittlung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB 12/2013) ist bei mindestens 1/3 dieser Kund*innen von psychischen Einschränkungen auszugehen. Berücksichtigt man auch somatische Erkrankungen, so kann man erfahrungsbasiert bei gut der Hälfte der JobCenter-Kund*innen von relevanten gesundheitlichen Einschränkungen ausgehen – dies entspricht rund 30.000 Essener Bürger*innen.

Seinem gesetzlichen Auftrag kann das JobCenter nur gerecht werden, wenn Gesundheitsförderung konsequent in der fachlichen Arbeit berücksichtigt, in die Beratungs- und Vermittlungsprozesse integriert und systematisch mit den Aufgabenbereichen und Akteuren der Gesundheitsversorgung in der Stadt Essen verknüpft wird.

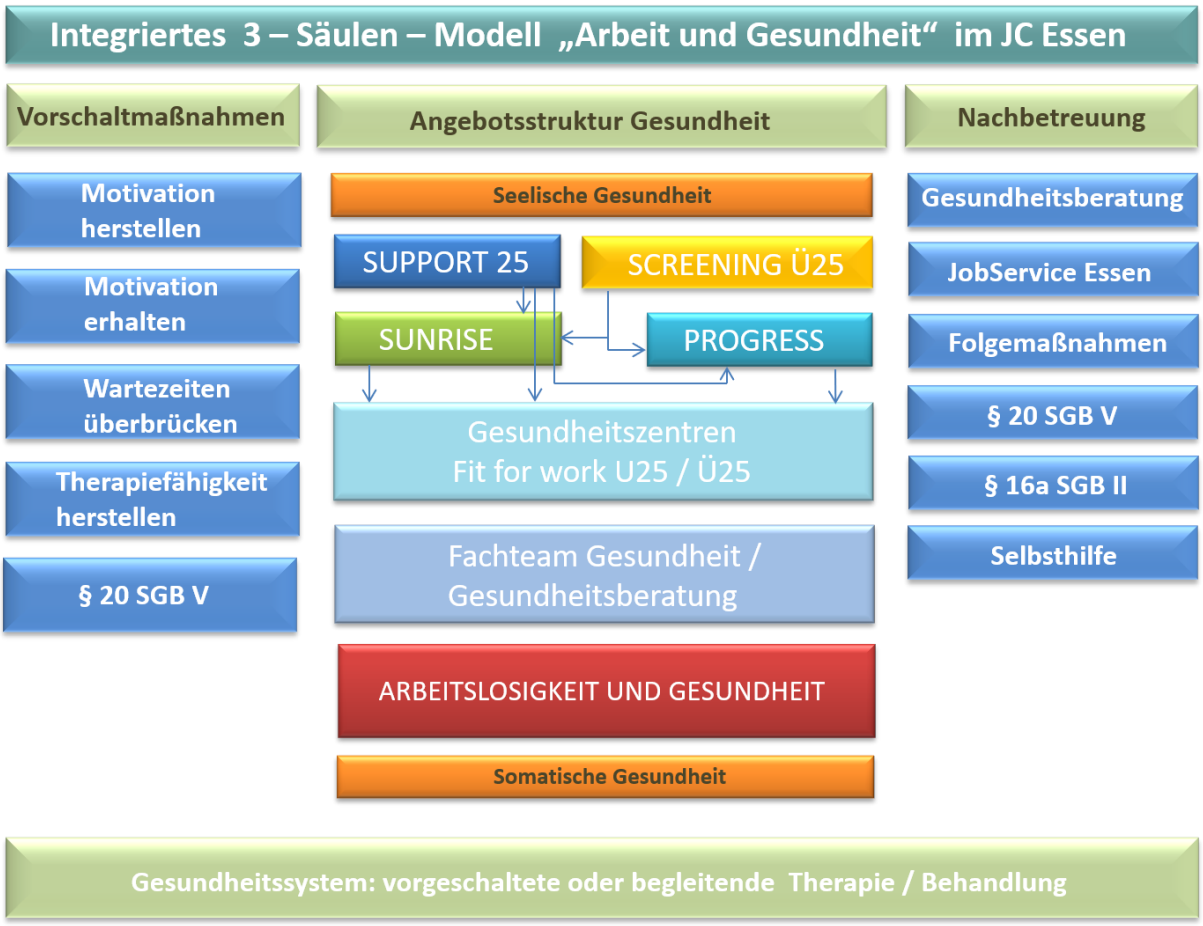
2. Feststellung von gesundheitsbezogenen Bedarfen im JC

Das JC Essen sichert den Lebensunterhalt von rund 15% der Essener Bürger*innen. Darüber hinaus umfasst der gesetzliche Auftrag die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, um den Bezug von staatlichen Transferleistungen zu beenden. In diesem Kontext ist die gesundheitliche Situation der SGB II-Leistungsberechtigten (s.o.) ein wichtiger Parameter der fachlichen Arbeit. Durch arbeitsmedizinische und berufspsychologische Untersuchungen sowie die Kooperationen mit der Kinder- und Jugendpschiatrie, der Erwachsenpsychiatrie und der Suchtklinik des LVR verfügt das JobCenter und seine Partner über eine Vielzahl von gesundheitsbezogenen Daten von Essener Bürger*innen. Diese Daten könnten hilfreich sein, um grundlegende gesundheitsbezogene Bedarfe abzuleiten.

Die SGB II-Leistungsbeziehenden leben in Essen nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Gerade der Essener Norden hat eine hohe SGB II – Quote, so dass die Aussagekraft der JC-Daten in diesem Kontext noch höher zu bewerten ist.

3. Gesundheitsangebote für SGB II – Beziehende in Essen

Das JC Essen hat gemeinsam mit seinen Partnern aus dem lokalen Gesundheitswesen ein breites Unterstützungssystem für SGB II-Leistungsbeziehende aufgebaut.



Die Angebote reichen dabei von einer Diagnostik über die Zuführung in eine Behandlung / Therapie bis hin zu präventiven Angeboten. Die Finazierung erfolgt dabei jeweils strikt getrennt aus dem Gesundheitssystem oder der Arbeitsförderung.

4. Nutzung der Gesundheitsstrukturen des JC für die Gesundheitsversorgung im Essener Norden

Die Strukturen und gesundheitsbezogenen Angebote des JobCenters Essen können für die Gesundheitsversorgung im Essener Norden bzw. in der Folge im gesamten Stadtgebiet genutzt werden. So wäre es z.B. sinnvoll, wenn die Gesundheitslotsen im Gesundheitskiosk die Möglichkeiten und Angebote des JobCenters und seiner Partner kennen und gezielt in ihrer fachlichen Arbeit berücksichtigen.

Menschen im Alter und das Thema Gesundheit

Beitrag FB 50 zum Fachplan Gesundheit

Menschen im Alter und das Thema Gesundheit

Längst ist der demografische Wandel kein Zukunftsszenario mehr. Im Jahr 2021 ist rund ein Fünftel (21,5 %) der Essener Bevölkerung 65 Jahre und älter, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahren weiter anwachsen. Je älter, umso höher ist das Risiko pflegebedürftig zu werden. Individuelle Bedarfe an Unterstützung, Hilfe und Pflege entwickeln sich altersabhängig und in den Stadtbezirken unterschiedlich. Neben der Sicherung einer lückenlosen und bedarfsgerechten Versorgungsstruktur für pflegebedürftige Senioren*innen sind präventiv wirkende Angebote, solche die Pflegebedürftigkeit möglichst herauszögern, als wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung zu sehen.

Die Lebensphase „Alter" erstreckt sich über mehrere Lebensjahrzehnte, ist sehr heterogen und kann abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie Biografie, Geschlecht, Nationalität, Bildungsstand, Einkommen, Lebensgewohnheiten zu völlig unterschiedlichen Bedarfen und individuellen Wünschen in den Sozialräumen führen. Auch spielen Einsamkeit und niedriger Sozialstatus eine zentrale Rolle, da sie einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Gesundheitszustand haben. Daher sind niedrigschwellige Zugänge zu möglichst vielfältigen Gesundheits- und Präventionsangeboten für Senior*innen erforderlich.

In allen Bezirken, so auch in den Stadtbezirken IV und V sind wohnortnahe Voraussetzungen zu schaffen, um ein selbstbestimmtes Älterwerden in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen und im Bedarfsfall passende Sorgestrukturen zu sichern. Mit dem Bericht „Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Essen 2021" werden verfügbare pflegerische und vorpflegerische Infrastrukturen dargestellt:

- Aktuell verfügt der Stadtbezirk V über fünf stationäre Pflegeeinrichtungen mit 493 Pflegeplätzen und 26 eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen. Im Stadtbezirk VI gibt es in fünf Einrichtungen 500 Pflegeplätze und 44 eingestreute Kurzzeitpflegeplätze. Damit stehen aktuell genügend vollstationäre Pflegeplätze zur Verfügung.

- In den beiden Stadtbezirken existieren aktuell 9 Pflegewohngruppen und Demenz-Wohngemeinschaft mit 98 Plätzen. Weitere Pflegewohngemeinschaften für Senioren*innen werden in den nächsten drei Jahren in Betrieb gehen, so dass der Bedarf dann gedeckt sein dürfte.

- In 4 Tagespflegeeinrichtungen stehen momentan 60 Plätzen zur Verfügung. Bis Ende 2024 ist von einer Verdoppelung der Platzzahl auszugehen, womit der Bedarf an Tagespflegeplätzen voraussichtlich gedeckt ist.

- Von den über einhundert ambulanten Pflegediensten der Stadt Essen geben 62 an, auch in den Stadtbezirken V und VI tätig zu sein.

- In Zusammenhang mit dem zunehmenden Fachkräftemangel entstehen zukünftig möglicherweise Versorgungsengpässe, beispielsweise wenn Pflegedienste keine neuen Patienten*innen annehmen können.
-

In den Stadtbezirken IV und V liegen drei neueingerichtete Zentren 60plus. Diese verfolgen das Ziel, die Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit von Bürgern ab einem Alter von 60 Jahren zu ermöglichen und zu stärken. Das Themenfeld Gesundheit spielt für Senior*innen hier eine wichtige Rolle, so werden beispielsweise Bewegungsangebote wohnortnah anboten und vermittelt. Dies erscheint immer wichtiger, da die Zukunft nicht aller der noch über einhundert ehrenamtlich organisierten Seniorenangebote und -gruppen in den beiden Bezirken mittelfristig als gesichert zu bezeichnen ist.

Das Internationale Zentrum 60plus im Stadtbezirk V hat den Auftrag, für eine interkulturelle Seniorenarbeit in allen Stadtbezirken in ihrer Verschiedenheit zu sensibilisieren und liefert Impulse und Anregungen in Zusammenarbeit mit Gesundheitsthemen.

Die bezirklich ausgerichteten Zentren in Altenessen-Süd und Katernberg sind Standorte der Pflegestützpunkte des Sozialamtes. Sie leisten neben der Pflegeberatung auch wichtige Beratungsarbeit. In den Stadtteilen Karnap, Stoppenberg und Vogelheim betreibt zudem ein Wohlfahrtsverband im Auftrag der Stadt Essen ehrenamtlich geführte Seniorenbegegnungsstätten die zu Gesundheitsthemen sensibilisiert sind.

Bedarfe und Herausforderungen im Essener Norden und Nordosten

Die Stadt Essen hat eine unterdurchschnittliche ambulante Quote. Um die Zielsetzung „ambulant vor stationär" stärker zu verwirklichen, müssen die ambulanten Versorgungsstrukturen angepasst und weiter gestärkt werden. Dazu gehört neben den ambulanten Pflegediensten auch eine Angebotssteigerung im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen in den Bezirken V und VI.

Weitere Möglichkeiten, um die ambulante Versorgung zu optimieren und Heimeintritte möglichst lange verzögern zu können, sind Case- und Care-management-basierte Handlungsansätze. Die Implementierung konsequenter Care- und Case-Management-Strukturen ist in den Pflegestützpunkten, die an den Zentren 60plus angesiedelt werden sollten, vorgesehen. Die bedarfsorientierte Steuerung des Einzelfalls dient der Stabilisierung des häuslichen Versorgungsarrangements und soll zur Bewältigung möglicher Personenbezogenen gesundheitlichen Problematiken beitragen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit für den Einzelfall verbessert, indem sie mit den sozialräumlich ausgerichteten Strukturen der offenen Seniorenarbeit und er bezirklichen Pflege- und Wohnberatung verknüpft werden.

In den Stadtbezirken V und VI angestrebt ist insbesondere auch die Verbesserung der Teilhabe und individuellen Unterstützung älterer Migranten*innen. Es ist anzunehmen, dass unter anderem die Bedarfe einer kultursensiblen Beratung und Entlastung zunehmen werden.

Aus Sicht der Sozialplanung im Amt für Soziales und Wohnen besteht aktuell zudem der Bedarf für eine Pflegewohngruppe für ältere Menschen mit Abhängigkeit von illegalen Drogen (12 Plätzen).

Die Kommunale Pflegeplanung ist nicht darauf ausgelegt, detaillierte Informationen zur Gesundheitsförderung der Essener Senior*innen abzubilden. Zukünftig sollten daher gemeinsame Schnittmengen gesundheitsbezogener Planungsprozesse genauer in den Blick genommen werden.

Kinder/ Jugendliche und Gesundheit

Konzeptentwurf des JPI für ein neues Beratungszentrum für Kinder- und Jugendgesundheit (Essener Norden)

1. Einleitung

Aufbauend auf dem Grundgedanken der verstärkten Kooperation von Fachkräften bzw. Trägern, die in Essen bereits in dem Themenfeld psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen tätig sind und sowohl im Bereich der Prävention, der Intervention als auch der Fachinformation Angebote vorhalten, kann ein gemeinsames neues Beratungszentrum am Standort Marienhospital entstehen.
In diesem Zentrum sollen Synergien gebündelt werden und für ein neues und erweitertes Hilfeangebotsspektrum ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
Vorstellbar sind von Seiten des Jugendpsychologischen Instituts (JPI) die Ansiedlung von Familienberatungsstelle, einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, der Fachstelle Elternschaft und seelische Erkrankung (ElsE) sowie der Projektstelle zur Förderung eines Kooperationsverbundes seelische Gesundheit zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendamt unter einem Dach.

Das Angebot verschiedener Professionen und Institutionen aus der Jugendhilfe und der Gesundheitshilfe unter einem Dach bietet den Bürger*innen der Bezirke V und VI eine multiprofessionelle psychosoziale Versorgung der kurzen Wege, und die Fachkräfte aus dem Arbeitsbereich psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien können von einem unkomplizierten Austausch durch unmittelbare räumliche Nähe profitieren.

Denkbar und wünschenswert wären neben dem beschriebenen Beratungszentrum im gleichen Komplex z.B. niedergelassene Kinder- und Jugendmediziner*innen, Psychotherapeut*innen, die Frühen Hilfen, eine interdisziplinäre Frühförderung, aber auch pädagogisch-therapeutische Hilfeangebote wie z.B. eine Tagesgruppe für Mütter/Väter mit kleinen Kindern zur Steigerung der Erziehungskompetenz und Verhinderung stationärer Unterbringungen, sowie juristische Anbieter wie Familienanwälte, Organisationen zur Prozessbegleitung o.ä.. oder auch eine (weitere) Kinderschutzambulanz sowie auch eine Außenstelle des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamtes.

2. Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt

Das Familienministerium fördert seit dem Jahr 2021 den Ausbau der Beratungsangebote gegen sexualisierte Gewalt mit der Förderung von spezialisierten Personalstellen, die den Familienberatungsstellen oder schon bestehenden spezialisierten Beratungszentren zuzuordnen sind. Das JPI hat an der Konzeptionierung des Förderprogramms durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes mit seiner fachlichen Expertise mitgewirkt, in Essen in Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) mit den entsprechenden kommunalen politischen Beschlüssen an dem Ausschreibungsverfahren teilgenommen und die 80%ige Personalkostenförderung durch das Land bewilligt bekommen. So können insgesamt drei neue Vollzeitstellen eingerichtet werden, je zur Hälfte beim DKSB und beim JPI. Die Stellen beim DKSB sind bereits mit Ende 2021 besetzt, die Stellen im JPI in der Ausschreibung.

Das JPI baut somit seine bereits vorhandene Expertise aus und kann in einer neuen Beratungsstelle 1,5 Vollzeitkräfte mit folgendem Aufgabenbereich beschäftigen:

- Ausweitung des Beratungsangebotes für betroffene Kinder und Jugendliche
- Intensivierung der fachlichen Beratung der Sozialen Dienste und des ASD
- Etablierung von Fortbildungsangeboten und Informationsveranstaltungen zur Sensibilisierung für das Thema
- Informationsveranstaltungen für Fachkräfte

- Ausweitung des trägerübergreifenden Fachaustausches
- Förderung der Vernetzung
- Verbesserung auch der überregionalen Versorgung
- Bereitstellung eines Wissenspools (Literatur, Hilfenummern, Angebote vor Ort in Essen etc.)
- Themenbezogene Steuerungsstruktur in der Stadtverwaltung Essen

Die bereits existierende Kooperation zwischen dem JPI und dem **Kinderschutzzentrum** des Elisabethkrankenhauses könnte im Bereich sexualisierter Gewalt ausgeweitet werden. Das psychologische Beratungsangebot ist bisher in der Klinik nicht in ausreichendem Umfang vorhanden. Betroffene Kinder und Jugendliche könnten mit ihren Familien zur Diagnostik an die Kinderschutzambulanz überwiesen werden, Kinder zur weiteren psychologischen Beratung und Unterstützung an das JPI übermittelt werden, und es kann gemeinsame Fallkonferenzen geben sowie gemeinsame regelmäßige Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen.

3. Fachstelle Elternschaft und seelische Erkrankung sowie Projektstelle zur Förderung eines Kooperationsverbundes „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Modellregion der Stadt Essen"

Die Fachstelle ElsE mit den geplanten zwei Fachkräften kann sinnvoll in dem neuen Beratungszentrum mit dem Schwerpunkt Kinder psychisch kranker Eltern verortet sein. Es handelt sich um eine gemeinsame Fachstelle des Jugend- und Gesundheitsamtes, die bereits seit November 2021 am Start ist und die Vernetzung und Kooperation mit allen in Essen in dem Themenbereich tätigen Fachkräften ausbaut, intensiv in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist, Informationsveranstaltungen durchführt, die Förderung der bestehenden und neuer Angebote für die Familien forciert und in den entsprechenden Gremien kommunal und überregional tätig ist. Seit dem Start wird diese Tätigkeit durch eine organisatorisch dem JPI zugeordnete Psychologin ausgeführt.
Um Synergieeffekte zu nutzen, soll die durch den Landschaftsverband Rheinland geförderte **Projektstelle zur Förderung eines Kooperationsverbundes seelische Gesundheit** ebenfalls in dem neuen Zentrum angesiedelt sein, da genau diese Art der Zusammenarbeit und die Aufgabenschwerpunkte des Projektes thematisch im Projekt vorgesehen sind.

4. Berater*innen aus dem JPI/Familienberatung mit Schwerpunkten

In einem neuen Beratungszentrum sollten neben den beschriebenen Professionen mittelfristig aus dem Fachkräftepool des JPI zwei Familienberater*innen mit einem Beratungsangebot für Familien tätig sein, idealerweise mit kulturübergreifenden und Fremdsprachenkenntnissen und eventuell mit einem Schwerpunkt wie z.B. der Beratung von Eltern mit kleinen Kindern und einer Ausweitung der bereits bestehenden Kooperation mit dem Sicheren Start („Kolibri").

Stadtteilentwicklung und Gesundheit

Stellungnahme aus Sicht der Stadtteil-/Quartiersentwicklung

Die Stadtteile im Stadtbezirk V und VI gehören zum Teil seit Jahrzehnten zu den Fördergebieten der Stadterneuerung.
Der Förderbereich Soziale Stadt (aktueller Titel „Sozialer Zusammenhalt") wird im Baugesetzbuch, § 171e, so beschrieben:
Zitat:
(2) Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. Ein besonderer Entwicklungsbedarf liegt insbesondere vor, wenn es sich um benachteiligte innerstädtische oder innenstadtnah gelegene Gebiete oder verdichtete Wohn- und Mischgebiete handelt, in denen es einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf.
Hieraus ergeben sich die Fragestellungen nach einer besonderen Benachteiligung von einzelnen Stadtteilen im Verhältnis zu anderen Teilen der Stadt sowie die abgestimmte fachliche Einbeziehung verschiedenster Belange in die Gesamtkonzeption und deren Finanzierung.
Weitere gesetzliche Hinweise betreffen die Einbeziehung der Bevölkerung in die Aufstellung der Konzepte.

Regelmäßig wird in der Konzeptphase zur Aufstellung der Integrierten Entwicklungskonzepte neben zahlreichen anderen Fachbereichen auch das Gesundheitsamt mit einbezogen sowie die Datenlage für gesundheitsbezogene Indikatoren (Gesundheitliche Chancengleichheit) gesichtet. Meist kann auf die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen (Gewicht und motorische Entwicklung der Kinder und ggfls. der Zahngesundheit) zurückgegriffen werden. Weitere Hinweise erhält der Fachbereich Stadterneuerung und Bodenmanagement aus den Informationen der beteiligten Träger und der Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung sowie laufenden Auswertungen gesamtstädtischer Konzepte.
Bei der Erstellung der Handlungskonzepte sind Themenstellungen die Belastungsfaktoren in der Sozialstruktur, der Wohnraumversorgung, der Umweltthemen Lärm, Luftbelastung, Verkehrsbelastung, Zugänge zu Grünflächen, Mobilitätssituation und Spielraumversorgung, Klimatische Besonderheiten, evtl. Sportstättenausstattung, die allesamt eher indirekt mit der Förderung der Gesundheit verbunden sind.

In den Handlungskonzepten sind viele dieser Themen mit Maßnahmen verbunden, deren Finanzierung z.T. aus der Städtebauförderung aber auch aus anderen Fördertöpfen erfolgt. Im jüngsten (SQsM-) Handlungskonzept für Altenessen-Süd/Nordviertel und das Nordviertel wurden explizit über den Europäischen Sozialfonds Fördermöglichkeiten gefunden.
Die Umsetzung des Projektes „Gesundräume'" war aufgrund der fehlenden Kapazitäten der Verwaltung (Bauverwaltung und Schulverwaltung) jedoch nicht möglich.

Im Rahmen des Verfügungsfonds sind Bürger*innen*innen getragene Konzepte möglich. Hier wurden in der Vergangenheit verschiedene Beratungs-Projekte zur Verbesserung der Gesundheit gefördert. Diese bezogen sich vor allem auf Personen mit Migrationshintergrund. („Migranten für Migranten")
Aktuell wird ein Projekt gefördert, das insbesondere Jugendliche zu Sportaktivitäten animieren soll, die noch nicht über Vereine angesprochen wurden.

In früheren Projekten wurden Maßnahmen zur Förderung von Pflegeberufen, zur psychosomatischen Versorgung, das Gesundheitszentrum im Marienhospital und das Gesundheitszentrums in der Badeanstalt Altenessen sowie das Sport- und Gesundheitszentrum im Schwimmbad Schonnebeck gefördert. Weitere Maßnahmen beziehen sich auf die Ausstattung von Freiflächen mit Bewegungsangeboten (Parcour auf Zollverein und

Bewegungspfade an verschiedenen Stellen in Stoppenberg und Katernberg). Auch die Förderung des Radverkehrs, die Neuanlage von Parks und Spielflächen oder Sportanlagen (z.B. Meerbruchstraße) unter starker Beteiligung der Nutzer führt zur Einbeziehung der Nutzerbedürfnisse sowie in Folge zu höherer Akzeptanz der Angebote.
Es ist vorgesehen, in nächster Zukunft ein Lärmschutzfensterprogramm für den Bereich Gladbecker Straße zu etablieren, um damit die starken Belastungen reduzieren zu helfen.

Somit ist das Thema Gesundheit in den Entwicklungskonzepten zwar nicht an erster Stelle jedoch indirekt sehr stark präsent und wird fortlaufend weiterentwickelt. Es werden zudem möglichst viele Förderbereiche angesprochen, um die Realisierungschancen zu verbessern. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Gesundheit in einem setting-Ansatz (quartiersbezogen) besser gefördert werden kann.
Im Rahmen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW wird intensiv mit dem Landeszentrum Gesundheit zusammengearbeitet. Hier werden Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit und Präventionsmaßnahmen für die Gesundheit im Quartier sowie die Umsetzung des Präventionsgesetzes NRW immer wieder thematisiert.

Radwege und Immissionsschutz und Gesundheit

Im Sommer 2020 hat der Rat der Stadt Essen die Verwaltung beauftragt, die Vorbereitung und Durchführung der Vergaben zur Erstellung eines Mobilitätsplans 2035 zu beauftragen. Auszug aus der Ratsvorlage: „*Der Mobilitätsplan 2035 bildet die planerische Grundlage zur Umsetzung von verkehrlichen Maßnahmen für die Gestaltung einer nachhaltigen, emissionsärmeren Mobilität mit weniger Flächenverbrauch. Verkehrsträgerübergreifend werden die Potentiale für eine Verringerung der Lärm- und Schadstoffemissionen im kommunalen Verkehrssystem betrachtet.*"

Im März 2021 hat der Rat der Stadt Essen der Umsetzungsstrategie zum RadEntscheid zugestimmt. Aktuell stehen der Graitengraben (Hauptradnetz) und der Imkerweg (Radergänzungsnetz) zur Erneuerung in den Bezirken V und VI an. Die weitere Umsetzung bis ins Jahr 2030 wird die Radinfrastruktur im gesamten Stadtgebiet von Essen verbessern.

Verweis auf die Vorlage 0361/2021/6 zur Umsetzungsstrategie RadEntscheid und 0551/2020/6 zur Leistungsbeschreibung zur Erstellung eines Mobilitätsplans 2035 der Stadt Essen.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Auswirkungen des Klimas auf die Menschliche Gesundheit (unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbezirke V und VI) 15

1.1. Stadtklimatische Situation im Stadtbezirk V 16

1.2. Stadtklimatische Situation im Stadtbezirk VI 17

1.3. Auswirkungen des Klimawandels auf das Essener Stadtgebiet 18

2. Auswirkungen der Luftqualität auf die menschliche Gesundheit 21

2.1. Luftqualität in den Stadtbezirken V und VI 24

3. Auswirkungen von Lärm auf die menschliche Gesundheit 25

3.1. Lärmminderungsplanung 25

3.2. Lärmbetroffenheiten in Stadtbezirken V und VI 26

4. Quellen 28

1. Auswirkungen des Klimas auf die Menschliche Gesundheit (unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbezirke V und VI)

Besonderheiten des städtischen Klimas

Die klimatischen und lufthygienischen Verhältnisse eines städtischen Siedlungskörpers weisen erhebliche Abweichungen zum unbebauten Umland auf. Die Folgen eines hohen Versiegelungsgrades, eines geringen Grünflächenanteils und einer stärkeren Erhitzung baulicher Oberflächen sind:

- erhöhte Lufttemperaturen,
- geringere Luftfeuchtigkeit,
- eingeschränkte Belüftungsverhältnisse,
- stärkere Luftverschmutzung.

In der Summe wird dies in der Stadtklimatologie als Ausprägung eines „Stadtklimas" bezeichnet.

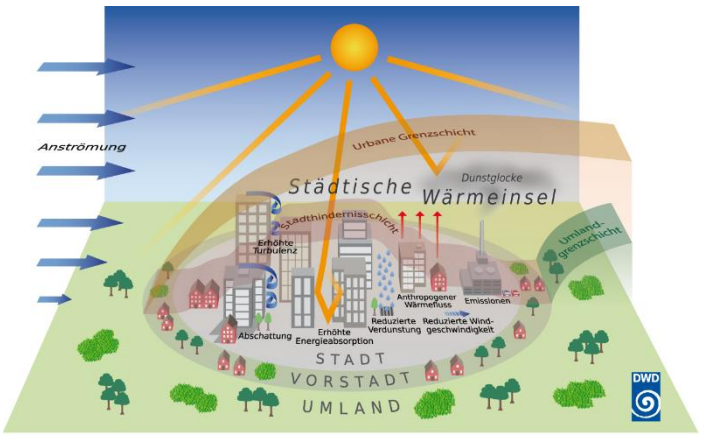


Abbildung 1: Das Stadtklima und seine Einflussfaktoren (DWD 2021)

Etwa 50 Prozent des Essener Stadtgebietes weisen typische Merkmale des Stadtklimas auf. In Sommernächten ist die Temperatur in den innerstädtischen, stark versiegelten Bereichen etwa 8 °C wärmer als z.B. im Ruhrtal. Durch dichte Bebauung, große Anteile versiegelter Flächen und wenig Vegetationsanteile heizen sich innerstädtische Bereiche bei entsprechenden Wetterlagen tagsüber stark auf, während die nächtliche Abkühlung aufgrund des Wärmespeichervermögens gering ist. Das in weiten Bereichen städtisch überprägte lokale Klima wird durch regionale und lokale Freiflächen unterbrochen, die aufgrund ihrer positiven Klimaeigenschaften zu den Gunst- bzw. Ausgleichräumen zählen.

1.1. Stadtklimatische Situation im Stadtbezirk V

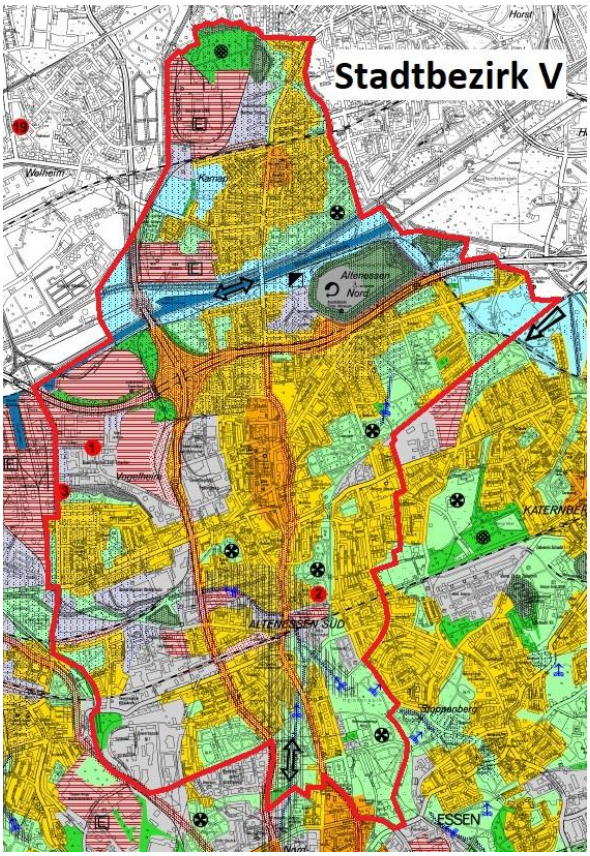


Abbildung 2: Synthetische Klimafunktionskarte, Stadtbezirk V (Klimaanalyse Stadt Essen 2002 [1])

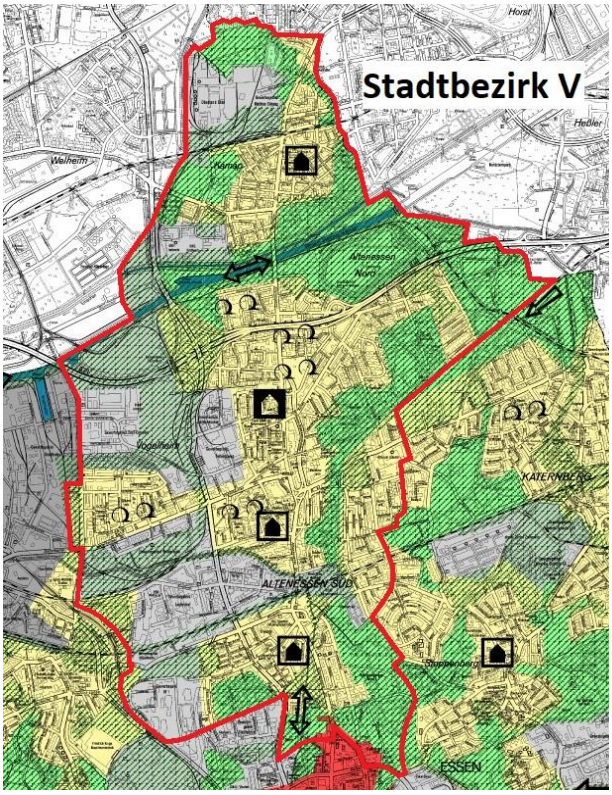


Abbildung 3: Stadtklimatische Planungshinweise, Stadtbezirk V (Klimaanalyse Stadt Essen 2002 [1])

Ausgeprägte **stadtklimatische Lasträume** im Stadtbezirk V sind die Gewerbe- und Industriegebiete sowie die dicht bebauten Stadtteilzentren mit geringem Grünflächenanteil:

- Gewerbegebiete Emil-Emscher, Johanniskirchstraße & Teilungsweg im Westen; Mathias Stinnes im Norden; Gewerbepark M1, Gewerbegebiet Laubenhof im Südwesten
- Stadtteilzentren Karnap, Altenessen-Nord, Altenessen-Süd
- Autobahn A42, Wilhelm-Nieswandt-Allee bzw. Altenessener Str., Gladbecker Str. als Hauptverkehrsstraßen

In diesen Bereichen ist die sommerliche Hitzebelastung aufgrund fehlender Ausgleichsräume (Grün- und Freiflächen) hoch und somit sind auch die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit besonders ausgeprägt (s. Kap. 1.4).

Ausgeprägte **stadtklimatische Gunsträume** im Stadtbezirk V sind große, zusammenhängende Grünflächen, begrünte Halden, Freiflächen und der Rhein-Herne-Kanal:

- Karnaper Wäldchen, Emscherpark, Bürgerpark, Nordfriedhof Altenessen, Kaiser-Wilhelm-Park, Helenenpark, Nordpark
- Halde Mathias Stinnes, Schurenbachhalde
- Freiflächen im Osten zwischen der A42 und Schalker Str./Zollvereinstr.

Ein zusammenhängender, regional bedeutsamer Grünzug verläuft von Süden Richtung Nordosten durch den Stadtbezirk V (Helenenpark über Kaiser-Wilhelm-Park, Nordfriedhof Altenessen und Schurenbachhalde bis zum Emscherpark). Diese Bereiche haben das Potenzial, Kaltluft zu produzieren und somit den Wärmeinseleffekt zu reduzieren. Dies hat wiederum positive Effekte auf die menschliche Gesundheit (s. Kap. 1.4). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der östliche Bereich des Stadtbezirks besser mit Grün ausgestattet ist als der westliche Bereich.

1.2. Stadtklimatische Situation im Stadtbezirk VI

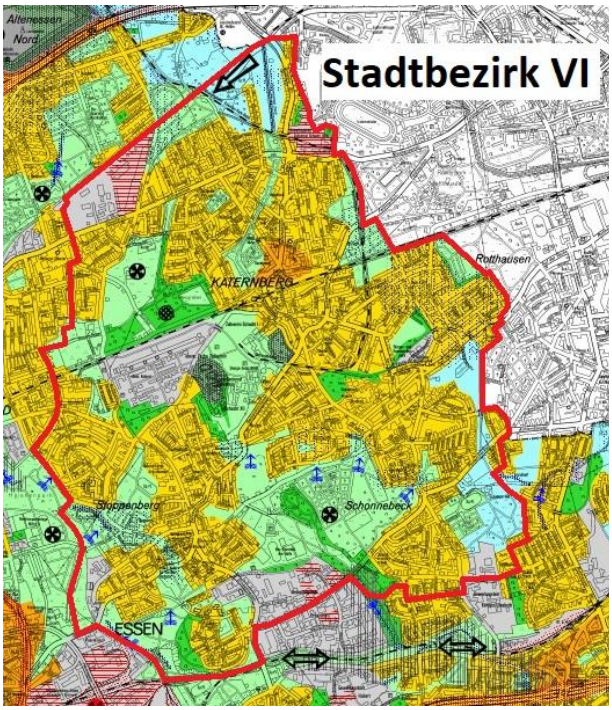


Abbildung 4: Synthetische Klimafunktionskarte Stadtbezirk VI (Klimaanalyse Stadt Essen 2002 [1])

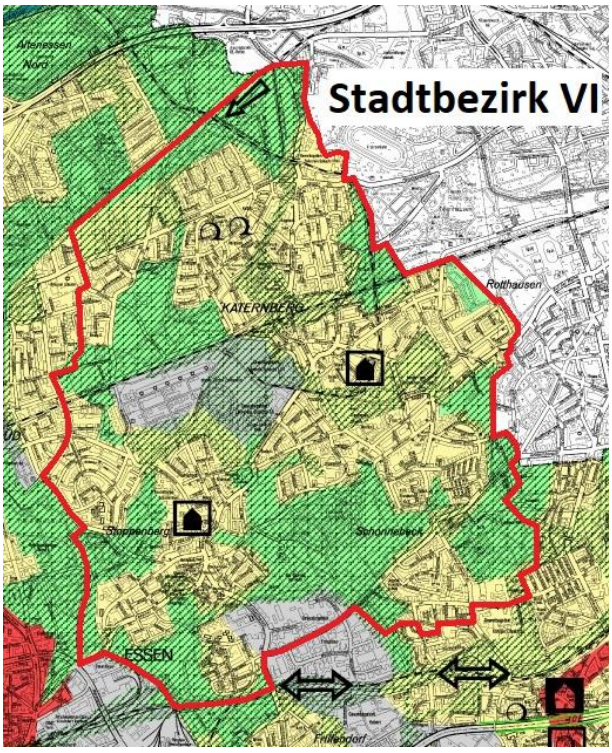


Abbildung 5: Stadtklimatische Planungshinweise, Stadtbezirk VI (Klimaanalyse Stadt Essen 2002 [1])

Ausgeprägte **stadtklimatische Lasträume** sind auch im Stadtbezirk VI die Gewerbe- und Industriegebiete sowie die dicht bebauten Stadtteilzentren mit geringem Grünflächenanteil:

- Gewerbegebiet Ernestine, Gewerbegebiet Königin Elisabeth, ehemalige Zeche und Kokerei Zollverein, Gewerbegebiet Zollverein Schacht IV/XI, Gewerbegebiet nördlich der Stauderstr.
- Stadtteilzentrum Katernberg

Ausgeprägte **stadtklimatische Gunsträume** des Stadtbezirks VI sind große zusammenhängende Grünflächen im Süden, im zentralen Bereich sowie im Westen:

- Friedhof am Hallo mit umliegenden Wäldern
- Hangetal
- Fläche des Kleingartenvereins Stoppenberg
- Skulpturenwald östlich von Zollverein
- Grün- und Waldflächen im Bereich Westerbruch, Kleine Rahm, Kleine Westerbroich und In der Klevitte

Von besonderer Bedeutung ist hier der Friedhof am Hallo mit seinen umliegenden Wald- und Grünflächen. Dieser Bereich ist ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet, welches bei sommerlichen Hochdruckwetterlagen während der Nachtstunden Kaltluft produziert und diese in die nördlich gelegenen Siedlungsbereiche transportiert. Als bedeutsame Ausgleichsräume sind zusätzlich die Wälder Westerbruch und Kleine Rahm zu nennen, die in der Lage sind Luftschadstoffe zu filtern und gleichzeitig als klimaökologischer Ausgleichsraum dienen.

Der Stadtbezirk VI ist im Vergleich zum Stadtbezirk V besser mit Grünflächen bzw. klimatischen Ausgleichsräumen ausgestattet. Gleichzeitig befinden sich im Stadtbezirk V mehr Gewerbe- und Industriegebiete als im Stadtbezirk VI.

1.3. Auswirkungen des Klimawandels auf das Essener Stadtgebiet

Die Analyse der 120-jährigen Messreihe an der Station Essen-Bredeney zeigt einen deutlichen Anstieg der Jahresmitteltemperaturen im linearen Trend, eine Zunahme der Anzahl an Sommertagen (Temperatur ≥ 25 °C) und heißen Tagen (Temperatur ≥ 30 °C) sowie eine Abnahme der Anzahl an Frosttagen und Eistagen. Der Temperaturanstieg zeigt sich auch in einer jahreszeitlichen Verschiebung der Niederschläge mit einer Zunahme der Winterniederschläge um etwa 40 mm pro 100 Jahre. Regionale Klimamodelle prognostizieren für das Ruhrgebiet einen weiteren Anstieg der Jahresmitteltemperaturen im Laufe des 21. Jahrhunderts.

Mehrere Extremwetterereignisse wurden nach Angaben der DWD Niederlassung Essen und des Umweltamtes der Stadt Essen in der jüngeren Vergangenheit beobachtet. So sind Hitzewellen und ausgedehnte Trockenphasen in den Jahren 2003 („Jahrhundertsommer"), 2010, 2011, 2012 und 2018 verzeichnet. Neben den bekannten Sturmereignissen wie dem Orkan Kyrill am 18./19.01.2007 und dem Sturmtief Ela am 09.06.2014 verursachten zahlreiche Stark- und Extremniederschlagsereignisse durch Kanalisationsüberläufe, geflutete Keller oder weiträumige Überschwemmungen im Außenbereich massive Schäden an Infrastruktur und Gehölzbeständen verbunden mit einem hohen Gefährdungsgrad für die Bevölkerung.

Im fortschreitenden Klimawandel ist für die Stadt Essen zu erwarten, dass die Anzahl der Tage mit starker Wärmebelastung (Hitzestress) insbesondere in den innerstädtischen Bereichen weiter ansteigen wird. Außerdem ist eine Verschiebung der Niederschlagsverteilung wahrscheinlich, d.h. es wird nassere Winter bzw. trockenere und wärmere Sommer geben. Ebenfalls ist eine Zunahme von Starkregenereignissen zu erwarten, die lokal zu Überschwemmungen führen können. Auch mit einer Zunahme von Sommerstürmen ist zu rechnen.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels sind vor allem die heute schon dicht bebauten und stark versiegelten Bereiche der Stadtbezirke V und VI besonders anfällig für eine zunehmende Erwärmung. Hier besteht ein erhöhter Handlungsbedarf klimaökologische Ausgleichsräume zu schaffen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Um die negativen Effekte des Klimawandels, besonders unter Berücksichtigung der menschlichen Gesundheit, abzumildern ist eine starke Durchgrünung der Stadtbezirke anzustreben.

1.4. Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit

Die menschliche Gesundheit ist durch hohe Temperaturen in den Städten und langanhaltende Hitzewellen direkt betroffen. Hohe Temperaturen in den versiegelten Innenstadtbereichen sorgen für eine hohe Hitzebelastung, die sich bis zu einer Überhitzung steigern kann. Die Anpassung des Körpers an die hohen Temperaturen durch eine Erweiterung der Blutgefäße und Schwitzen belastet vor allem das Herz-Kreislaufsystem. Verstärkt wird die Belastung, wenn zusätzlich Flüssigkeitsmangel hinzukommt. Der Körper reagiert dann mit Kopfschmerzen, Kreislaufproblemen und Übelkeit.

In Nächten, in denen die Temperatur nicht unter 20 °C sinkt („Tropennächte"), kommt es zu Schlafproblemen, die das psychische Wohlbefinden vermindern und zu Konzentrationsschwierigkeiten führen.

Durch den Klimawandel werden die Sonnenscheinstunden zunehmen. Bei langanhaltenden Phasen mit wenig Wolkenbedeckung und viel Sonneneinstrahlung ist der menschliche Körper einer hohen UV-Belastung ausgesetzt mit der Folge, dass Hauterkrankungen zunehmen. Unmittelbare Folge ist ein Sonnenbrand. Spätfolgen können eine vorzeitige Hautalterung, Hautkrebs und irreversible Augenerkrankungen sein.
Die veränderten Klimabedingen schaffen neuen Lebensraum für Tierarten, die zuvor vorzugsweise in wärmeren Gegenden heimisch waren. Die Klimaveränderungen beeinflussen die Verbreitung, Populationsgröße und Aktivität dieser Arten regional und artspezifisch sehr unterschiedlich. Einige dieser Arten können Infektionserreger auf den Menschen übertragen. Zu den bedeutendsten Gesundheitsschädlingen gehören Mücken, Zecken und Nagetiere, die Krankheiten wie das Dengue-Fieber, Borrelliose und Hantaviren übertragen können.

Eingeschleppte Pflanzenarten, wie z.B. Ambrosia, können Allergien auslösen. Bereits deutlich zu beobachten ist, dass sich die Pollensaison durch die milderen und kürzeren Winter verlängert und so die Belastung für Allergiker verstärkt.

Bei Extremwetterereignissen wie Stürme, Hochwasser und Starkregen besteht eine akute Gefahr für Leib und Leben durch Ertrinken oder Verletzung durch umstürzende Bäume, zusammenstürzende Gebäude oder herabfallenden Gegenständen. Durch ein Unwetter können zudem Schadstoffe oder Krankheitserreger z.B. aus überschwemmten Kläranlagen oder Öltanks in das Trinkwasser gelangen und dieses verunreinigen [2] .

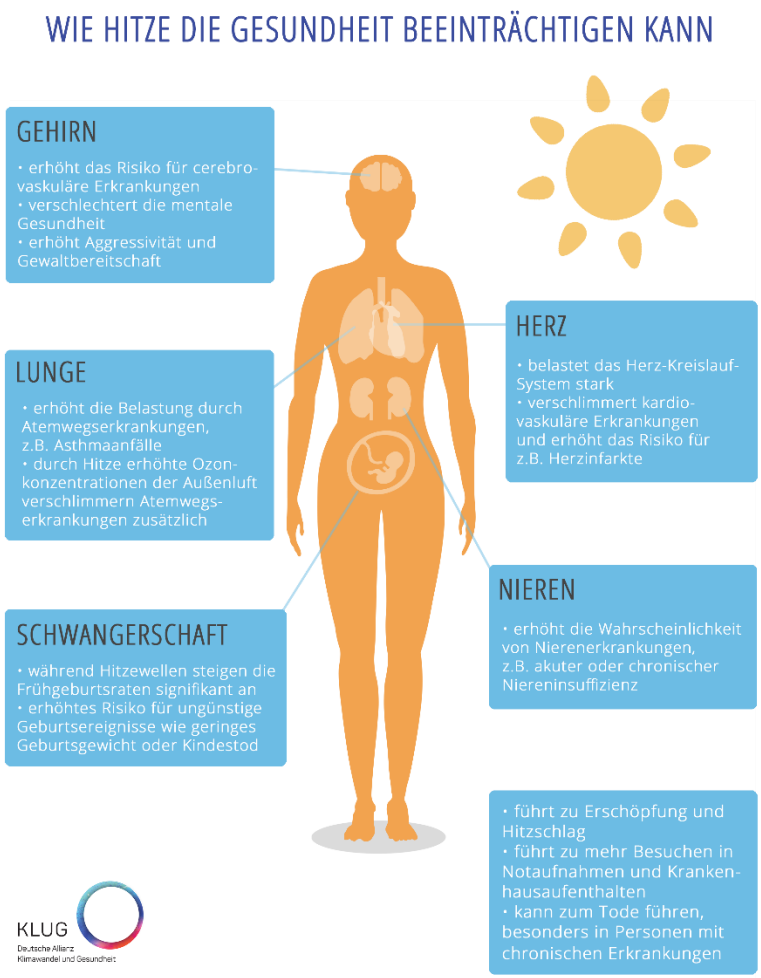


Abbildung 6: Auswirkungen von Hitze auf den menschlichen Körper (KLUG Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit 2021)

1.5. Betroffenheit – sensible Bevölkerungsgruppen in den Bezirken V und VI

Von einer Hitzebelastung sind besonders alte Menschen, Kranke (v.a. mit Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems und chronisch Kranke), Säuglinge und Kleinkinder betroffen, da ihre Organismen größere Schwierigkeiten haben, auf die hohen Temperaturen zu reagieren. Säuglinge und Kleinkinder überhitzen besonders schnell, da ihr System zur Wärmeregulation noch nicht vollständig entwickelt ist und die Schweißdrüsenfunktion noch gering ist. Bei älteren Menschen reduziert sich die Fähigkeit zu schwitzen, wodurch die Gefahr einer Überhitzung steigt. Bei einigen nimmt auch das Durstgefühl ab, sodass die Gefahr eines zu großen Flüssigkeitsverlustes gegeben ist.

Besonders anfällig für Hitzeerkrankungen sind zudem Menschen, die Probleme mit der Nierenfunktion oder Atemwegserkrankungen haben, an Diabetes leiden oder bei denen das zentrale Nervensystem erkrankt ist. Zusätzlich gefährdet sind diejenigen, die im Freien arbeiten wie z.B. Dachdecker und Straßenbauer. Auch Wohnungslose sind besonders gefährdet. Für diese Bevölkerungsgruppen ist daher an heißen Tagen ein besonderer Schutz notwendig, etwa durch die ausreichende Versorgung mit Wasser, Aufenthaltsorten im Schatten und Abkühlungsmöglichkeiten [2].

1.6. Die klimawandelgerechte Stadtentwicklung

Der Schutz der Bevölkerung durch eine nachhaltige Anpassung der Städte an den Klimawandel nimmt in der Stadt- und Umweltplanung einen zunehmend hohen Stellenwert ein. Die Belange des Umweltschutzes und der Klimaanpassung sind daher rechtlich im Baugesetzbuch verankert und werden im Rahmen der Stadtentwicklung in Essen berücksichtigt. Im Vordergrund steht hierbei die bauliche Entwicklung möglichst auf bereits vorgenutzten Flächen, die Beschränkung der Neuversiegelung von Böden auf das erforderliche Mindestmaß, die Sicherung von Freiflächen und der Durchlüftung von Baugebieten. Zunehmenden Stellenwert erhalten rechtlich verbindliche Dach- und Fassadenbegrünungen insbesondere in neu entwickelten Gewerbegebieten.

Eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung bedarf genauer Kenntnisse der aktuellen und zukünftig zu erwartenden lokalklimatischen Verhältnisse. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der schon heute spürbaren Folgen gewinnen die regelmäßige Fortschreibung der städtischen Klimaanalyse und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels eine zunehmende Bedeutung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung.

Das bereits im Jahre 2014 vorgelegte Strategie- und Maßnahmenkonzept „Urbane Strategien zum Klimawandel – Kommunale Strategien und Potenziale" bildet die Grundlage sowie den Orientierungsrahmen für die Implementierung der Klimafolgenanpassung im Verwaltungshandeln unter anderem auch im Handlungsfeld „Menschliche Gesundheit". Zur Konkretisierung vorsorgender Maßnahmen ist zudem unter Berücksichtigung prognostizierter klimatischer und städtebaulicher Entwicklungen ein stadtweites, räumliches Klimaanpassungskonzept in Planung. Das übergeordnete Ziel des Klimaanpassungskonzepts ist es, die Verletzlichkeit der Stadt Essen mit Bezug auf Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft zu verringern und die Anpassungsfähigkeit der Stadt Essen zu erhalten oder zu steigern.

2. Auswirkungen der Luftqualität auf die menschliche Gesundheit

Die Luftqualität im Freien sowie in Innenräumen hat nachweislich einen Einfluss auf die Gesundheit des Menschen. Während Qualm und Ruß die Luftverschmutzung im Ruhrgebiet bis vor wenigen Jahrzehnten für das bloße Auge sichtbar machten, liegt der Fokus heutzutage auf kleinsten Partikeln und gasförmigen Schadstoffen. Neben Verbrennungsprozessen in der Energiewirtschaft, Industrie (auch Produktionsprozesse) und Kleinfeuerungsanlagen (z.B. Gebäudeheizung mit Heizöl oder Erdgas) trägt vor allem der Kfz-Verkehr maßgeblich zur lokalen Verschmutzung der Außenluft in urbanen Räumen bei [3].

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlicht seit 1987 Richtwerte für die verschiedenen Luftschadstoffe basierend auf wissenschaftlichen Forschungsergebnissen [4]. 1996 wurde von der EU die erste Luftqualitätsrahmenrichtlinie aufgestellt. Darin waren die ersten Grenzwerte für verschiedenste Luftschadstoffe (u.a. Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Feinpartikel) in der Außenluft enthalten. Mit der aktuell geltenden Richtlinie für 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa wurden die Grenzwerte verschärft. In Deutschland ist die Rechtslage der Luftreinhaltung im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und in der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissi-

onshöchstmengen (39. BImSchV) festgelegt. Die zulässige Luftbelastung am Arbeitsplatz ist in den Arbeitsplatzgrenzwerten der Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TGRS 900) definiert.

Anhand experimenteller Studien, Expositionsstudien und epidemiologischen Studien können die negativen gesundheitlichen Wirkungen von Luftschadstoffen auf den Menschen untersucht werden [5]. Dabei wird zwischen kurzfristigen (akuten) und langfristigen (chronischen) Wirkungen unterschieden [6], bei denen neben der Konzentration ebenfalls die Dauer der Aussetzung von Luftschadstoffen eine Rolle spielt [7]. Daher gibt es unterschiedliche Grenzwerte je nach Dauer der Exposition. Dabei kann Stickstoffdioxid durch seine Reizwirkung die Wirkung anderer Luftschadstoffe verstärken [8]. Nach Berechnungen der US-amerikanischen Forschungseinrichtungen Health Effects Institute (HEI) und Insitute for Health Metrics and Evaluation (IHME) liegt die Luftverschmutzung auf Platz zehn der Risikofaktoren für Todesfälle und körperliche Beschwerden in Deutschland [9]. Damit stellt Luftverschmutzung das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Deutschland dar.

Luftschadstoffe können sich negativ auf das Herzkreislaufsystem sowie auf die Atemwege auswirken. Feinstaubpartikel werden mit der Atemluft aufgenommen und gelangen so (je nach Partikelgröße: PM10, PM2,5, Ultrafeinstaub) bis in die kleinsten Atemwege, in den Blutkreislauf und in die Organsysteme [5]. Auch eine krebserzeugende Wirkung von Feinstaub ist durch neue Studien belegt [10] ebenso wie die Vermutung, dass Feinstaub auch unterhalb der gegenwärtig geltenden Grenzwerte schon gesundheitliche Schäden verursacht [11]. Stickoxide haben insbesondere eine Reizwirkung und verstärken daher bestehende Atemwegserkrankungen oder lösen neue Atemwegserkrankungen aus [5]. Außerdem ist Stickstoffdioxid als Vorläufersubstanz an der Entstehung von Ozon beteiligt [8]. Bei einer hohen Sonneneinstrahlung (z.B. an sonnigen Sommertagen) bildet sich durch photochemische Prozesse Ozon aus Vorläufersubstanzen. Ozon kann die Zellen von Menschen, Tieren und Pflanzen schädigen, wodurch der Verdacht besteht, dass Ozon krebserregend ist [6]. Für Kinder und Personen mit Vorerkrankungen sind die gesundheitlichen Auswirkungen von Luftschadstoffen meist größer als für ausgewachsene gesunde Personen. In Tabelle 1 sind die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen stichpunktartig aufgelistet.

Tabelle 1: Mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Luftschadstoffen

Schadstoff	Mögliche gesundheitliche Auswirkungen
Stickoxide	Reizwirkung (Augen, Atemwege) und Verstärkung der Reizwirkung anderer Luftschadstoffe [8] Kurzzeitwirkung auf Atemwegserkrankungen [5] (z.B. Verstärkung Asthma [8]) Atemwegserkrankungen [5] steigendes Risiko für Allergien [8]
Feinstaub	Sterblichkeit [5] Herz-Kreislauf-Erkrankungen [5] (z.B. erhöhte Plaquebildung in Blutgefäßen, erhöhtes Thromboserisiko, Veränderungen der Regulierungsfunktionen des ve-

	getativen Nervensystems [6]) Atemwegserkrankungen [5] (z.B. entzündliche Reaktionen in Luftröhre, Bronchien und Lungenalveolen [6]) Lungenkrebserkrankungen [5]
Ozon	Kurzzeitwirkung auf Atemwegserkrankungen [5] (z.B. Verstärkung Asthma [12]) Kurzzeitwirkung auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen [5] Atemwegserkrankungen [5] (z.B. entzündliche Reaktionen [6]) möglicherweise krebserregend [12]

Neben den als wissenschaftlich gesichert geltenden Wirkungen wie Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (siehe Tabelle 1) wurden in Bevölkerungsstudien viele weitere Auswirkungen auf den gesamten Körper beobachtet z.B. Diabetes, Demenz, Störungen der Kindesentwicklung im Mutterleib und Störungen in der Lungen- und Gehirnentwicklung bei Kindern [11]. Diese sind zusammenfassend für die Luftschadstoffe Feinstaub, Ozon und Stickstoffdioxid in Abbildung 7 dargestellt.

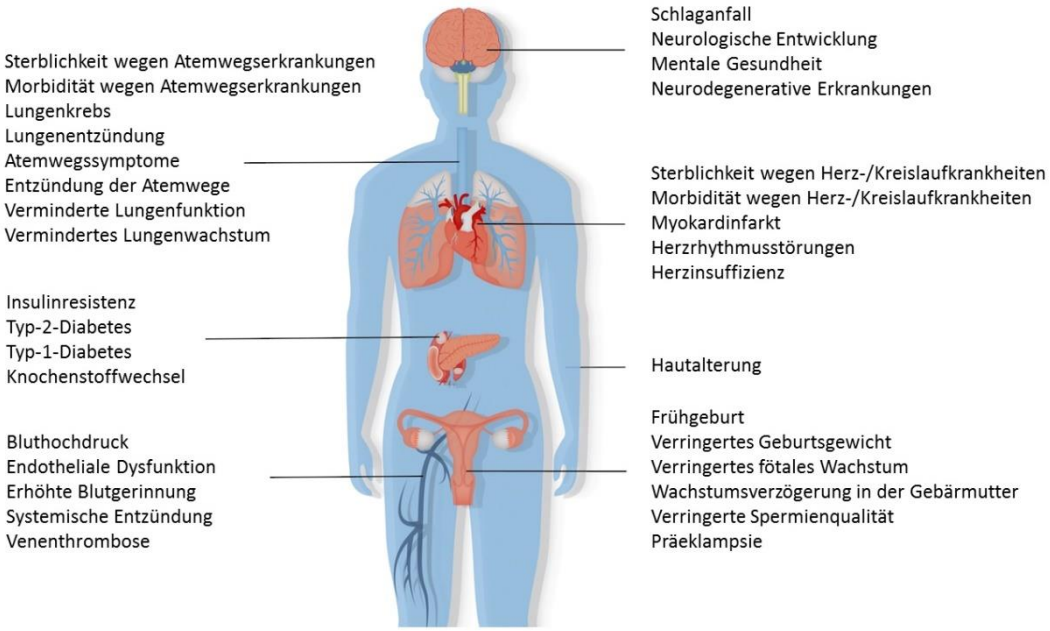


Abbildung 7: Mögliche Wirkungen der Luftschadstoffe Feinstaub, Ozon und Stickstoffdioxid auf den menschlichen Organismus (Quelle: [5] modifiziert nach [13])

Die Europäische Umweltagentur beziffert die Krankheitslast (d.h. die Auswirkungen von Krankheit und Sterblichkeit auf die Bevölkerung) durch Luftschadstoffbelastung in Deutschland für das Jahr 2018 auf

859 verlorene Lebensjahre[1] pro 100.000 Einwohnern durch Feinstaub (PM2,5). Durch Stickstoffdioxid kommen 125 verlorene Lebensjahre pro 100.000 Einwohnern und durch Ozon weitere 56 verlorene Lebensjahre pro 100.000 Einwohnern hinzu [13].

2.1. Luftqualität in den Stadtbezirken V und VI

Die Luftqualität wird in NRW durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) an zahlreichen Messtellen überwacht. Die Standorte werden gemäß 39. BImSchV nach festgelegten Kriterien ausgewählt. Messtellen werden beispielsweise dort errichtet, wo durch ein hohes Verkehrsaufkommen (Verkehrsmessstellen) oder Industrieanlagen (Industriemessstellen) eine hohe Luftbelastung vermutet wird. Zudem erfassen sogenannte urbane Hintergrundmessstellen die Luftqualität an Standorten, die nicht durch einzelne lokale Quellen (Verkehr, -Industrie) geprägt sind.

In Essen werden die Feinstaubgrenzwerte seit 2012 an allen Messstellen eingehalten. Der Stickstoffdioxid-Grenzwert wurde zuletzt im Jahr 2019 an zwei Messstellen überschritten. Seit 2020 gibt es keine Grenzwertüberschreitungen mehr [13]. Für Ozon wurden lediglich Zielwerte definiert. Da die Ozonbildung von der Sonneneinstrahlung abhängt, treten Überschreitungen des Zielwertes oder der Informationsschwelle der Bevölkerung in der Regel im Sommer auf. Die Stadt Essen arbeitet weiterhin an der Verbesserung der Luftqualität, auch wenn es nicht zu Überschreitung von Grenzwerten kommt.

Stadtbezirk V

Der Stadtbezirk V ist insbesondere in den Stadtteilen Altenessen-Nord und Süd sehr dicht besiedelt und umfasst zahlreiche Gewerbeflächen, verteilt über alle vier Stadtteile. Mit der Bundesstraße B 224 (Gladbecker Straße) führt die wichtigste und meist befahrene Nord-Süd-Verbindung durch den Stadtbezirk V. Auch die parallel verlaufende Altenessener Straße ist verkehrlich stark belastet. Der Straßenverkehr kann im Stadtbezirk V als wichtigste Quelle der Luftverschmutzung betrachtet werden. Die langjährigen Luftqualitätsmessungen an der Gladbecker Straße zeigen, dass alle gesetzlichen Grenzwerte für die Luftqualität dort seit 2019 eingehalten werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Luftqualität an viel befahrenen Straßen mit geschlossener und hoher Bebauung etwas schlechter ist als in den weniger befahrenen Nebenstraßen. Offene Straßenabschnitte, Parks und Hinterhöfe sowie windiges Wetter begünstigen, dass sich die Schadstoffe schnell in einem größeren Luftvolumen verdünnen.

Stadtbezirk VI

Die Stadtteile Stoppenberg, Katernberg und Schonnebeck weisen neben dicht besiedelten Bereichen auch aufgelockerte Bereiche und Grünzüge auf. Entlang viel befahrener Straßen mit hoher und geschlossener Bebauung sind etwas höhere Luftbelastungen als in Nebenstraßen zu erwarten. Derzeit

[1] Verlorene Lebensjahre sind definiert als potenzielle Lebensjahre, die durch vorzeitige Sterblichkeit verloren werden. Das Maß berücksichtigt die statistische Restlebenserwartung, die Häufigkeit der Todesfälle und das Alter, in dem sie auftreten [12].

liegen jedoch keine Hinweise auf grenzwertüberschreitende Luftbelastungen vor. In offenen Straßenabschnitten, Hinterhöfen und im Umfeld von Grünflächen verdünnen sich Schadstoffe schnell in einem größeren Luftvolumen, sodass hier von Belastungen im Bereich der urbanen Hintergrundbelastung ausgegangen werden kann.

3. Auswirkungen von Lärm auf die menschliche Gesundheit

Das Umweltbundesamt beschreibt Auswirkungen von Lärm wie folgt: „Zu viel Schall - in Stärke und Dauer - kann nachhaltige gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Schäden hervorrufen. Schall wirkt auf den gesamten Organismus, indem er körperliche Stressreaktionen auslöst. Dies kann schon bei niedrigeren, nicht gehörschädigenden Schallpegeln geschehen, zum Beispiel bei Verkehrslärm." [14].

3.1. Lärmminderungsplanung

Lärm zählt zu den sogenannten Stressfaktoren. Ist ein Mensch Lärm ausgesetzt, wird das autonome Nervensystem und das hormonelle System aktiviert. Die Reaktion des Körpers resultiert in Veränderungen des Blutdruckes, der Herzfrequenz und anderen Beeinträchtigungen von Kreislauffaktoren. Diese Vorgänge verursachen wiederum eine vermehrte Ausschüttung von Stresshormonen, welche weitere Auswirkungen auf die Stoffwechselvorgänge des Körpers haben [14]. Da all diese Vorgänge unterbewusst ablaufen, kommt es auch während des Schlafes zu Stressreaktionen, die durch Lärm ausgelöst werden können. Hierbei muss es nicht zum Wachzustand kommen, wodurch die betroffenen Personen die negativen gesundheitlichen Auswirkungen nicht direkt wahrnehmen [15].

Bei einer ständigen Aussetzung von Lärm kann es zu verschiedenen Langzeitfolgen kommen. Dazu zählen beispielsweise Gehörschäden, aber auch Veränderungen der biologischen Faktoren (z. B. Änderungen des Gehaltes an Blutfetten, Blutzucker sowie Änderungen der Gerinnungsfaktoren). Auch das Herz-Kreislauf-System kann in Folge von dauerhafter Lärmbelastung erkranken. Es kann zu einer sogenannten arteriosklerotischen Veränderung („Arterienverkalkung"), zu Bluthochdruck sowie verschiedenen Herzkrankheiten führen. Hierzu zählt ebenfalls das erhöhte Risiko eines Herzinfarktes in Folge von Lärm [14].

Gesundheitliche Risiken chronischer Lärmbelastung [16]:

- bei dauerhaftem, nächtlichem Geräuschpegel über 55 dB(A) erhöhtes Risiko an Bluthochdruck zu erkranken,
- erhöhtes Herzinfarktrisiko bei chronischen Belastungen über 65 dB (A),
- beschleunigte Alterung des Herz-Kreislaufsystems,
- verringerte Konzentrationsfähigkeit und verminderte Qualität der Nachtruhe,
- Lärmschwerhörigkeit bei längerer Belastung mit Pegeln ab 85 dB(A),
- Stress, da Lärm als Stressfaktor auf den menschlichen Organismus wirkt, unabhängig davon, ob der Mensch schläft oder wacht (bei negativer Grundeinstellung zum einwirkenden Geräusch erhöht sich die Stressbelastung durch den subjektiv empfundenen Ärger)

Die Stadt Essen ist durch europäische und deutsche Gesetzgebung verpflichtet, alle fünf Jahre den Straßen-, Schienen-, Flugverkehrslärm sowie den Lärm von Gewerbe- und Industrieanlagen (IED-Anlagen) zu berechnen und in Karten darzustellen. Im Anschluss ist ein Lärmaktionsplan aufzustellen, mit dem versucht wird, Lärmprobleme und Lärmauswirkungen zu regeln.

Die Lärmkartierung und die Auswertung der Betroffenheiten auf der Grundlage der Daten aus dem Jahr 2016 wurde der Bevölkerung und den politischen Gremien im Jahr 2019 vorgestellt. Der Lärmaktionsplan mit den Lärmminderungsmaßnahmen wurde vom Rat der Stadt Essen am 22. September 2021 verabschiedet. Die nächste Lärmberechnung soll im Jahre 2022 durchgeführt werden.

3.2. Lärmbetroffenheiten in Stadtbezirken V und VI

Die Fluglärmdauerschallbelastung durch die Flughäfen Düsseldorf und Essen / Mülheim liegt in den Bezirken V und VI deutlich unter der Darstellungsgrenze von 50 dB(A).

Eine detaillierte Auswertung von Lärmbetroffenen an Schienenwegen des Bundes ist nicht möglich, da die übermittelten Daten vom Eisenbahn-Bundesamt nur für das gesamte Stadtgebiet von Essen bereitgestellt wurden. Damit besteht keine Möglichkeit, die Daten auf die Stadtbezirke aufzuschlüsseln.

In Tabelle 2 und Tabelle 3 sind die Zahlen der Lärmbetroffenen des jeweiligen Stadtbezirkes aufgelistet. Die betroffenen Anwohner sind aufgeteilt in Lärmbetroffene der Straßen, Schienen (Ruhrbahn) und der IED-Anlagen. Zudem wird unterschieden zwischen L_{DEN} (Lärm über 24 h) und L_{night} (Lärm in der Nacht, zwischen 22 und 6 Uhr).

Tabelle 2: Lärmbetroffene des Stadtbezirkes V, aufgeteilt in die Lärmverursacher Straße, Schiene (Ruhrbahn) und IED-Anlagen.

Stadtbezirk V						
	Straße		Schiene Ruhrbahn		IED-Anlagen	
	L_{DEN}	L_{night}	L_{DEN}	L_{night}	L_{DEN}	L_{night}
> 75 dB(A)	675	0	0	0	0	0
> 70 bis ≤ 75 dB(A)	3455	3	4	0	0	0
> 65 bis ≤ 70 dB(A)	4360	458	579	0	0	0
> 60 bis ≤ 65 dB(A)	4535	3201	889	87	22	0
> 55 bis ≤ 60 dB(A)	7730	4808	571	593	155	0
> 50 bis ≤ 55 dB(A)	13899	5698	685	851	322	0

Tabelle 3: Lärmbetroffene des Stadtbezirkes VI, aufgeteilt in die Lärmverursacher Straße, Schiene (Ruhrbahn) und IED-Anlagen.

Stadtbezirk VI						
	Straße		Schiene Ruhrbahn		IED-Anlagen	
	L_{DEN}	L_{night}	L_{DEN}	L_{night}	L_{DEN}	L_{night}
> 75 dB(A)	596	0	0	0	0	0
> 70 bis ≤ 75 dB(A)	1867	0	0	0	0	0
> 65 bis ≤ 70 dB(A)	2539	340	325	0	0	0
> 60 bis ≤ 65 dB(A)	2460	1686	719	0	2	0
> 55 bis ≤ 60 dB(A)	3357	2623	527	508	19	0
> 50 bis ≤ 55 dB(A)	8285	2582	551	644	179	0

4. Quellen

[1] Stadt Essen (2002): Klimaanalyse Stadt Essen, Kommunalverband Ruhrgebiet, in: Beiträge zum Umweltschutz Bd. 29, Hrsg. Stadt Essen, Umweltamt https://www.essen.de/leben/umwelt/klima/klimaanalyse_.de.html (Zugriff: 13.09.2021).

[2] Umweltbundesamt (2020): Den Klimawandel gesundheitlich meistern! Empfehlungen zur Vorsorge. Den Klimawandel gesundheitlich meistern! - Empfehlungen zur Vorsorge (bmu.de) (Zugriff 06.09.2021)

[3] Umweltbundesamt (2021a): Quellen der Luftschadstoffe. Online. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/emissionen-von-luftschadstoffen/quellen-der-luftschadstoffe> (Zugriff: 27.08.2021).

[4] World Health Organization (2006): Air quality guidelines for particulate matter, ozone, nitrogen dioxide and sulfur dioxide. Global update 2005. <https://www.who.int/publications/i/item/WHO-SDE-PHE-OEH-06-02> (Zugriff: 27.08.2021).

[5] A. Peters, B. Hoffmann, B. Brunekreef, N. Künzli, M. K. Joss, N. Probst-Hensch, B. Ritz, H. Schulz, K. Straif & H.-E. Wichmann (2019): Die Rolle der Luftschadstoffe für die Gesundheit. Eine Expertise im Namen der Internationalen Gesellschaft für Umweltepidemiologie (ISEE) und der European Respiratory Society (ERS). Umweltmedizin – Hygiene – Arbeitsmedizin 24/1: 9-14.

[6] Umweltbundesamt (2019): Wirkungen auf die Gesundheit. Online. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/wirkungen-von-luftschadstoffen/wirkungen-auf-die-gesundheit#woher-stammen-die-schadstoffe-und-wie-wirken-sie-sich-auf-die-gesundheit-aus> (Zugriff: 27.08.2021).

[7] A. Zscheppang & W. Kirch (2012): Gesundheitsrisiken und Luftverschmutzung in urbanen Lebensräumen. Public Health Forum 20/2: 4-5.

[8] Umweltbundesamt (2013): Wie wirken sich Stickstoffdioxide auf die menschliche Gesundheit aus? Online. <https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-wirken-sich-stickstoffoxide-auf-die-menschliche> (Zugriff: 27.08.2021).

[9] Institute for Health Metrics and Evaluation (2020): Global Burden of Disease 2019. Health data for Germany. Online. <http://www.healthdata.org/germany?language=52> (Zugriff 02.12.2020).

[10] H. Schulz, S. Karrasch, G. Bölke, J. Cyrys, C. Hornberg, R. Pickford, A. Schneider, C. Witt & B. Hoffmann (2018): Atmen – Luftschadstoffe und Gesundheit. Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin e.V., Berlin. <https://pneumologie.de/fileadmin/DGP_Luftschadstoffe_Positionspapier_20190129.pdf> (Zugriff: 27.08.2021).

[11] B. Ritz, B. Hoffmann & A. Peters (2019): The Effects of Fine Dust, Ozone, and Nitrogen Dioxide on Health. Dtsch Arztebl Int 2019/116: 881–886.

[12] Umweltbundesamt (2021b): Ozon. Online. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschadstoffe-im-ueberblick/ozon> (Zugriff: 27.08.2021).

[13] European Environment Agency (2020): Air quality in Europe – 2020 report. Publications Office oft he European Union, Luxembourg. <https://www.eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2020-report> (Zugriff 02.12.2020).

[14] Umweltbundesamt (2021) Stressreaktionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen (Zugriff 02.09.2021).

[15] C. Maschke & K. Hecht (2007) Schlaf und Lärm. Praktische Arbeitsmedizin. <https://bsafb.de/media/pa7_3_2007_schlaf_und_laerm.pdf> (Zugriff 10.09.2021).

[16] Stadt Essen (2017): Lärmaktionsplan https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/59/lrm/Laermaktionsplan_2017_Ratsbeschluss_20170927.pdf